

Protokoll
zur 105. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)

Sitzungstag:	Beginn:	Ende:	Sitzungsort:
26. Januar 2024	9:30 Uhr	12:35 Uhr	Räume 120 – 122 bei der Senatorin für Kinder und Bildung
Teilnehmende:			
s. Anlage 1			

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Prof. Dr. Rabea Diekmann heißt die Anwesenden zur letzten Sitzung der laufenden Amtsperiode willkommen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Abstimmung des Protokolls der 104. Sitzung vom 29. September 2023

Prof. Dr. Rabea Diekmann weist darauf hin, dass die Sitzungsnummer auf dem Protokoll nicht korrekt sei. Es sei die 104. Sitzung gewesen. Sie bittet um Korrektur.

Auf Nachfrage von Dr. Beate Porombka informiert Prof. Dr. Rabea Diekmann, dass der Beschluss zu den Papieren zur Beschäftigungssituation weiterhin Bestand habe. Die Überarbeitung durch den erweiterten Vorsitz stehe derzeit noch aus.

Beschluss:

Das Protokoll wird mit der genannten Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 3 Förderung der Weiterbildung nach dem Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen (WBG) – Institutionelle Förderung und Programmförderung im Haushaltsjahr 2024 (Vorlage L 330/24)

Angela Acerra erläutert einfürend, dass die geförderten Einrichtungen im Dezember vorläufige Bescheide erhalten hätten, ohne dass der LAWB vorher über die Mittelverteilung habe beraten können. Dieses Verfahren sei aufgrund der haushaltslosen Zeit (ab 1. Januar 2024) notwendig gewesen. Sie stellt die Vorlage zur Weiterbildungsförderung für das Jahr 2024 vor. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage werde das Weiterbildungsbudget voraussichtlich um 8 % gekürzt. Der Unterausschuss 1 „Förderungsausschuss“ habe in seiner Sitzung im Dezember über die vorgelegte Mittelverteilung beraten und dieser zugestimmt.

Jens Tanneberg erkundigt sich bei den Mitgliedern des Unterausschusses 1, weshalb der Mittelverteilung trotz der angekündigten Kürzung zugestimmt worden sei. Aus seiner Sicht sollte der Landesausschuss mit seinen Beschlüssen ein politisches Signal setzen.

Dieter Niermann führt aus, dass der Unterausschuss 1 einen zweiteiligen Beschluss gefasst habe. Im ersten Beschlussteil habe der Unterausschuss 1 deutlich gemacht, dass die schwierige Lage der Weiterbildungseinrichtungen durch die Mittelkürzung verschärft und der Senat aufgefordert werde, die geplanten Kürzungen zu überdenken. Der zweite Beschluss beziehe sich auf die Verteilung der derzeit zur Verfügung stehenden Mittel; nur dieser Verteilung habe der Unterausschuss 1 zugestimmt.

Ronald Gotthelf spricht sich dafür aus, auch im LAWB einen zweiteiligen Beschluss zu fassen. Der erste Beschluss sollte an die Senatorin für Kinder und Bildung gerichtet werden und aufzeigen, was die Kürzungen für die Weiterbildung im Lande Bremen bedeuteten. Der zweite Beschluss sollte eine Nichtzustimmung zur Verteilung der gekürzten Mittel sein, um ein politisches Signal zu setzen. Darüber sollte dann die Senatorin für Kinder und Bildung informiert werden. Der Haushalt werde frühestens im Juni beschlossen und bis dahin gebe es keine Planungssicherheit für die Einrichtungen.

Dr. Beate Porombka führt aus, Senatorin Aulepp habe bei ihrer Teilnahme an der letzten Sitzung bereits angedeutet, dass eine Erhöhung der Mittel nicht zu erwarten sei. Dass es nun aber sogar eine Kürzung der Mittel um insgesamt 8 % nach dem „Gießkannenprinzip“ gebe, überrasche sie. In § 1 des WBG werde Weiterbildung zwar neben Schule, Hochschule und Ausbildung als gleichberechtigter Teil definiert, werde aber offensichtlich trotzdem nach wie vor nicht als Pflichtaufgabe angesehen.

Ina Mausolf erläutert, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds auch Auswirkungen auf den Haushalt des Landes Bremen habe. Weiterhin habe Bremen in den letzten Jahren erhöhte Mittel für Sozialleistungen aufbringen müssen. Beide Aspekte hätten 2023 zu einem drohenden Haushaltsdefizit und letztlich zu einem Haushaltsstopp geführt. Auch für die kommenden Haushalte sei die Lage sehr ernst. Zunächst seien rechtliche bzw. vertragliche Verpflichtungen wie etwa Mieten oder Personalkosten zu erfüllen, die absehbar ansteigen würden.

Ina Mausolf weist darauf hin, dass kein Beschluss des LAWB erforderlich sei, um die Einrichtungen zu fördern; das Ressort könne auch ohne eine entsprechende Empfehlung agieren. Der Hausspitze werde dann der Verteilungsvorschlag mit einem entsprechenden Hinweis vorgelegt.

Angela Acerra ergänzt, Zuwendungen – wie z. B. die Förderungen nach dem Weiterbildungsgesetz – seien rechtlich gesehen freiwillige Leistungen.

Jessica Heibült wirft die Frage auf, wie der Landesausschuss und/ oder die Weiterbildungseinrichtungen auf die vorgesehenen Kürzungen reagieren sollten.

Prof. Dr. Rabea Diekmann schildert, dass die nächste Lesung der Bremischen Bürgerschaft zum Haushalt im April stattfindet. Bis dahin müsse man Aufmerksamkeit erreichen, um sich zumindest für einen Erhalt der Mittel einzusetzen. Im erweiterten Vorsitz habe man sich verständigt, dass die Initiative aus dem Kreis der Einrichtungsleitenden erfolgen sollte.

Im Ergebnis der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass es einer Verständigung unter den Einrichtungsleitenden bedarf, um den weiteren Umgang mit den geplanten Kürzungen zu beraten und weitere Schritte wie z. B. Gespräche mit politischen Vertreter:innen zu planen. Auch die Idee zur Einrichtung eines Bündnisses für Weiterbildung solle diskutiert werden. Dominic Bergner erklärt sich bereit, einen ersten Austauschtermin der Einrichtungsleitenden zu koordinieren.

Zur Mittelverteilung für das Jahr 2024 werden nach längerer Beratung folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss:

- 1. Der Landesausschuss für Weiterbildung nimmt mit Entsetzen zur Kenntnis, dass die begründeten und angemeldeten Mehrbedarfe zur Erhöhung der Personalkostenzuschüsse und der Honorarkostenzuschüsse für den kommenden Doppelhaushalt derzeit nicht eingeplant sind. Die für die Weiterbildungseinrichtungen schwierige Situation wird durch die zusätzlich geplante Kürzung in Höhe von 8 % verschärft und führt zu einer Verringerung der Weiterbildungsangebote. Der LAWB fordert den Senat auf, die Nicht-Zurverfügungstellung der begründeten Mehrbedarfe zu überdenken und die zusätzlich geplante Kürzung - auch in Bezug auf die Sondermittel - nicht umzusetzen.**

Zu diesem Beschluss gab es drei Enthaltungen.

- 2. Aus diesem Grund lehnt es der Landesausschuss für Weiterbildung ab, zur Verteilung der derzeit zur Verfügung gestellten Mittel Stellung zu nehmen.**

Zu diesem Beschluss gab es vier Enthaltungen.

TOP 4 Anerkennung von Einrichtungen nach dem WBG

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Einrichtung des DGB GmbH (Vorlage L 331/24)

Laura Nolte stellt die Ergebnisse des Wiederholungsgutachtens vor.

Silja von der Pütten dankt für die Begleitung im Rahmen des Anerkennungsverfahrens.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, dem Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Einrichtung des DGB GmbH die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere vier Jahre auszusprechen.

Handwerk gGmbH – Das Kompetenzzentrum der Handwerkskammer Bremen (Vorlage L 332/24)

Laura Nolte führt kurz in die Vorlage ein.

Seweryn Jochemczyk stellt sich dem Ausschuss als neuer Geschäftsführer der Handwerk gGmbH – Das Kompetenzzentrum der Handwerkskammer Bremen vor und bedankt sich für die Unterstützung beim Anerkennungsverfahren.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung, der Handwerk gGmbH – Das Kompetenzzentrum der Handwerkskammer Bremen die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere vier Jahre auszusprechen.

TOP 5 Berichte der Vorsitzenden und der Unterausschüsse sowie zur gemeinsamen AG der Unterausschüsse „Qualitätssicherung bzw. -verbesserung bei Online-Formaten“

Prof. Dr. Rabea Diekmann informiert, dass der erweiterte Vorsitz im Januar über die geplanten Haushaltskürzungen im Weiterbildungsbereich beraten habe.

Die drei Vorsitzenden der Unterausschüsse verweisen zur Berichterstattung auf den nächsten Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Rückblick auf die Schwerpunkte in der Amtsperiode 2021 – 2024: Landesausschuss, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen (Vorlage L 333/24)

Prof. Dr. Rabea Diekmann dankt den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des LAWB und der Unterausschüsse für die engagierte und konstruktive Arbeit in der aktuellen Amtsperiode. Sie gibt einen kurzen Einblick in die Arbeit des Landesausschusses und des erweiterten Vorsitzes in der ablaufenden Amtsperiode. Sie schildert, dass die Arbeit im LAWB von einer lebhaften Diskussionskultur geprägt sei und die Ausschussmitglieder sich stets offen für neue Themen zeigten. Ein Thema, was man sich vorgenommen, aber bisher nicht umgesetzt habe, sei die Vernetzung mit anderen Bundesländern.

Dieter Niermann berichtet aus der Arbeit des Unterausschusses 1 „Förderungsausschuss“. Die Arbeit des Unterausschusses 1 sei sehr kleinteilig. Er nennt beispielhaft folgende Themen, die bearbeitet worden seien: inhaltliche Weiterentwicklung der WBG-Förderung und hierzu Auswertung der Sonderförderprogramme sowie Beratung einer Erhöhung der Berechnungsbasis für die Honorarkostenzuschüsse. Die Berichterstattung der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen habe noch nicht intensiv beraten werden können. Er spricht den Mitgliedern des

Unterausschusses und den Mitarbeitenden der Senatorin für Kinder und Bildung seinen Dank für die gute Zusammenarbeit aus.

Dr. Beate Porombka verweist darauf, dass es in der Vergangenheit bereits Berichterstattungen zu Weiterbildungsthemen gegeben habe und regt an, diese wieder aufzugreifen.

Angela Acerra führt aus, dass es sich dabei um die „So sieht's aus“-Reihe der Senatorin für Kinder und Bildung gehandelt habe, die auf einer DINA4-Seite einen Überblick über verschiedene Themen gegeben habe. In diesem Rahmen seien auch drei Veröffentlichungen zu Weiterbildungsthemen erfolgt. Durch die Pandemie hätten in den letzten Jahren keine verwendbaren Daten für weitere Veröffentlichungen vorgelegen. Für den Bereich der Bildungszeit könnten evtl. Daten für das Jahr 2023 verwendet werden. Dies sei das erste Jahr nach der Corona-Pandemie, in dem die Daten wieder Substanz hätten.

Gudrun Schemel erläutert, dass der Unterausschuss 2 für Qualitätssicherung in der Weiterbildung intensiv Themen beraten habe. Wesentlich sei mit dem Ziel der Vereinfachung und Verschlankung des Anerkennungsverfahrens der Qualitätsleitfaden und die bestehenden Äquivalenzregelungen überarbeitet worden. Sie dankt den Mitgliedern für die konstruktive Arbeit im Unterausschuss und der Senatorin für Kinder und Bildung für die Begleitung des Unterausschusses.

Jessica Heibült spricht ebenfalls den Mitgliedern des Unterausschusses und den Mitarbeitenden der Senatorin für Kinder und Bildung ihren Dank aus. Der Unterausschuss 3 für Grundsatfragen und Innovation habe viele inhaltliche Themen bearbeitet und Empfehlungen formuliert. Dies sei der vorgelegten Bilanz zu entnehmen. In seiner letzten Sitzung habe der Unterausschuss auch bereits einen Vorschlag für mögliche Arbeitsschwerpunkte in der kommenden Amtsperiode erarbeitet.

Jens Tanneberg unterstreicht, dass der Unterausschuss stets intensiv und ergebnisorientiert diskutiert habe mit dem Ziel, Bildung für alle zu generieren.

Philipp Leiser ergänzt, dass aus dem Unterausschuss 3 heraus auch Arbeitsgruppen gegründet worden seien, in die die Mitglieder ihre Fachexpertise eingebracht hätten.

Dr. Thomas Gebel stellt die Ergebnisse der gemeinsamen AG der Unterausschüsse „Qualitätssicherung bzw. -verbesserung bei Online-Formaten“ vor. Er berichtet abschließend, dass die AG empfehle, die Arbeit der AG zur systematischen Bearbeitung bestimmter Themen, insbesondere zu Fragen der künstlichen Intelligenz (KI) in der Weiterbildung, in der neuen Amtsperiode fortzusetzen.

Jens Tanneberg macht darauf aufmerksam, dass Arbeit und Leben Bremen gemeinsam mit dem BNW ein Beratungsprojekt zu KI in kleinen und mittleren Unternehmen anbiete. Derzeit gebe es dort noch freie Kapazitäten.

Dr. Beate Porombka weist darauf hin, dass nicht nur die Unterausschüsse Empfehlungen zu Arbeitsschwerpunkten in der neuen Amtsperiode geben sollten, sondern auch der Landesausschuss selbst. Eine Vernetzung mit anderen Bundesländern würde sie begrüßen. Zur Struktur des LAWB und seiner Unterausschüsse führt sie aus, dass diese zwar noch nicht so alt sei, sich aber Einiges getan habe und die Herausforderungen für die Weiterbildung gewachsen seien. Vor diesem Hintergrund regt sie an, die Aufstellung der Unterausschüsse zu prüfen. Öffentlichkeitsarbeit sei aus ihrer Sicht notwendiger denn je, um die Weiterbildung zu stärken. Dafür brauche es aber dauerhaft auch finanzielle Mittel.

Ina Mausolf erläutert, dass die Struktur des LAWB und seiner Unterausschüsse gesetzlich verankert sei und daher nicht kurzfristig geändert werden könne. Die Auslegung, welche Themen den Namen der Unterausschüsse nach in welchen Unterausschuss gehörten, sei jedoch flexibel.

Dieter Niermann macht darauf aufmerksam, dass die Vorschläge zur Besetzung der Unterausschüsse auf Grundlage der bisherigen Themenzuschnitte erfolgt seien. Daher sollte die Struktur auch zunächst beibehalten und erst zur nächsten Amtsperiode ggf. über eine formale Änderung nachgedacht werden.

Ronald Gotthelf regt in Bezug auf die Zusammensetzung des LAWB eine direkte Berücksichtigung von Gewerkschaften an. Er bittet darum, bis zur Neuwahl des LAWB in drei Jahren eine entsprechende Gesetzesänderung zu prüfen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Landesausschusses für Weiterbildung nehmen den Sachstand zur Kenntnis und überreichen dem künftigen Landesausschuss für Weiterbildung die Vorschläge für die Arbeit in der kommenden Amtsperiode.

TOP 7 Blitzlicht zur aktuellen Situation in der Weiterbildung

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 8 Bundespolitisches – Blitzlicht aus der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

Jens Herrmann berichtet, dass der erst im Sommer eingeführte Bonus in Höhe von 75 Euro für Bürgergeldempfänger:innen, der die Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung zum Ziel gehabt habe, wieder gestrichen werden solle. Er informiert weiter, dass sich im Dezember die Beiräte der Regionaldirektionen Niedersachsen-Bremen und Nord der Bundesagentur für Arbeit zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen hätten, um über die Auswirkungen der digitalen und ökologischen Transformation auf die Arbeitswelt zu beraten und eine länderübergreifende Vernetzung zu diesem Thema zu erreichen. Abschließend schildert er, dass Deutschland im

Vergleich mit anderen Ländern eine geringe Integrationsquote in Arbeit habe. Um dem entgegenzuwirken, sei der so genannte „Job-Turbo“ ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, geflüchtete Menschen schnell und nachhaltig in Arbeit zu bringen. Trotzdem setze die BA neben der Vermittlungsarbeit auch weiterhin auf Qualifizierung.

TOP 9 Verschiedenes

Ina Mausolf gibt die geplanten Sitzungstermine für den LAWB für das Jahr 2024 bekannt:

- 8. März (konstituierende Sitzung der neuen Amtsperiode)
- 7. Juni
- 25. Oktober

Sitzungsbeginn ist jeweils um 9:30 Uhr.

Angela Acerra führt aus, dass in die Bildungszeit-Verordnung zwei Änderungen aufgenommen worden seien. Zum einen gebe es nun die Möglichkeit, Bildungszeiten als Teilzeitmodell anzuerkennen, und zum anderen sei die Durchführung von Veranstaltungen, die nach dem Bremischen Bildungszeitgesetz anerkannt seien, künftig auch außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes möglich.

Angela Acerra weist darauf hin, dass das Weiterbildungs- und das Bildungszeitgesetz in diesem Jahr 50 Jahre alt werden. Dies könne für die Öffentlichkeitsarbeit im Weiterbildungsbe- reich genutzt werden.

Jens Tanneberg und Dieter Niermann berichten, dass auch ihre Einrichtungen in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiern und dafür bereits entsprechende Veranstaltungen geplant seien.

Es wird vereinbart, in der nächsten Sitzung am 8. März 2024 noch einmal zu beraten, ob man die Geburtstage der Gesetze für eine Öffentlichkeitsarbeit o. ä. nutzen wolle. Es wird schon als mögliche Idee festgehalten, einen Zeitstrahl zu erstellen, der zeige, wann welche Einrichtung nach Inkrafttreten des Weiterbildungsgesetzes gegründet worden sei.

Philipp Leiser informiert, dass am 6. Februar 2024 ab 15:00 Uhr im EuropaPunktBremen eine Veranstaltung für Dozierende zum Thema „Europa wählt – wir wählen mit“ stattfinde. Die Teilnahme sei kostenlos.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht, die Sitzung wird um 12:35 Uhr geschlossen.

Bremen, den 5. Februar 2024

gez.

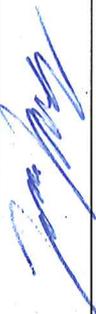
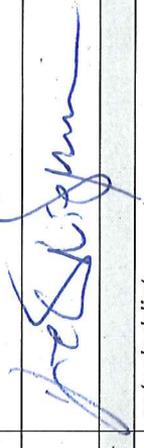
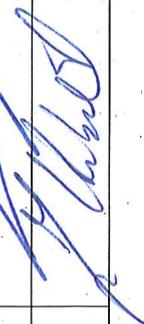
Prof. Dr. Rabea Diekmann
(Vorsitz des LAWB)

gez.

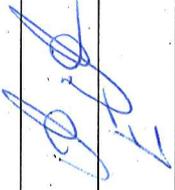
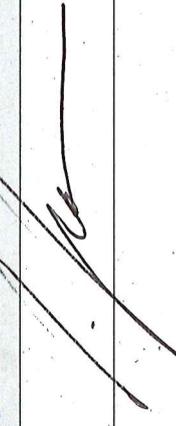
Carmen Simon
(Protokollantin)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste für die 104. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 26. Januar 2024

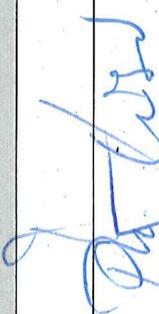
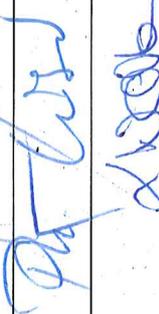
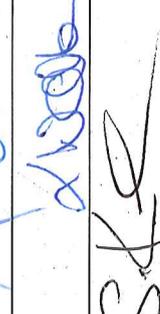
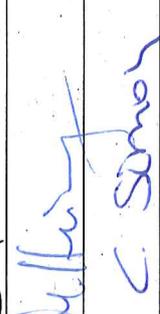
Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
1.	§ 9 (3) 1	Anerkannte WB-Einrichtungen			
		Jens Tanneberg (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e.V. Bremen [DGBVHS])		Petra Simonowsky (Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.)	
2.		Michael Noetzelmann (Akademie des Handwerks e.V.)	<i>entschuldigt</i>	Gudrun Schemel (ibs – Institut für Berufs- und Sozialpädagogik gGmbH)	
3.		Rosi Leinfelder (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen e.V.)		Dominic Bergner (Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH)	
4.		Silja von der Pütten (Berufsbildungswerk – Gemeinnützige Einrichtung des DGB GmbH)		Sven Elson (Deutsche Angestellten-Akademie Bremen GmbH)	<i>entschuldigt</i>
5.		Ralf Perplies (Bremer Volkshochschule)	<i>entschuldigt</i>	Dieter Niermann (Evangelisches Bildungswerk Bremen)	
6.	§ 9 (3) 2	Hochschulen			
		Prof. Andreas Klee (Universität Bremen)		Dr. Petra Boxler (Universität Bremen)	<i>entschuldigt</i>
7.		N.N. (Hochschule für Künste)		Dr. Gabriele Witter (Hochschule Bremen)	
8.		Prof. Dr. Rabea Diekmann (Hochschule Bremerhaven)		Dr. Gabriele Witter (Hochschule Bremen)	
9.	§ 9 (3) 3	Schulen			
		Tobias Weigelt (Die Senatorin für Kinder und Bildung)		Till Bellmann-Nitz (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	<i>entschuldigt</i>
10.		Monika Themann (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	<i>entschuldigt</i>	Dierk Plate (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	<i>entschuldigt</i>
11.	§ 9 (3) 4	Betriebliche Weiterbildung			
		Claudia Schiebrügge (Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven)	<i>entschuldigt</i>	Jens Riegerink Seweryn Jochenczyk (Handwerkskammer Bremen)	
12.		Cora Schwittling (Daimler AG)	<i>entschuldigt</i>	Jessica Heibült (Arbeitnehmerkammer Bremen)	

Anwesenheitsliste für die 104. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 26. Januar 2024

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 5	Nicht anerkannte WB-Einrichtungen			
13.		Marita Ronge (Förderungsgesellschaft für Bildung mbH)		Jan Meyer (IT Bildungshaus)	
14.		Ronald Gotthelf (Freiberufl. Trainer im Bereich der politischen Erwachsenenbildung)		N.N.	
	§ 9 (3) 6	Ressorts			
15.		Jan-Hendrik Pelzer (Der Senator für Finanzen)		Volker Hohenkamp (Der Senator für Finanzen)	
16.		Torsten Fink (Der Senator für Kultur)		Christiane Schrader (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration)	
17.		Dr. Jessica Blings (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration)		Fred Oehlers (Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation)	
18.		Ina Mausolf (Die Senatorin für Kinder und Bildung)		Angela Acerra (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	
19.		Dr. Beate Porombka (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		Kay Kurkowski (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	
	§ 9 (3) 7	Agentur für Arbeit			
20.		Jens Herrmann (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)		Gerrit Wolske (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)	

Anwesenheitsliste für die 104. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 26. Januar 2024

Weitere Teilnehmer:innen

Name und Institution	Unterschrift
Thomas Gabel, WIRTSCHAFTS	
Philipp Leiser, SKB	
Laura Noek, SKB	
Susanne Kühn, SKB	
Manon Hering, SKB	
Carsten Simon, SKB	